

Leitartikel

Europas Zukunfts- konstellationen – strategische Reflexionen — 83

Weitere Themen

Allgemeine, institutionelle und finanzielle Fragen 89 Arbeits- und Sozialrecht 90
Niederlassungsrecht und Dienstleistungen 91 Gesellschaftsrecht 93 Strafrecht
und polizeiliche Zusammenarbeit 94 Wettbewerbsrecht 94 Binnenmarkt
und Industriepolitik 95 Wirtschafts- und Währungspolitik 96 Umweltrecht 98
Gemeinsame Handelspolitik 98

4 / 2012

Herausgeber

Europa Institut an der Universität Zürich
und Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts-
und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg



Zeitschrift für Europarecht

Schulthess §

Zeitschrift für Europarecht, EuZ

Herausgeber

Europa Institut an der Universität Zürich
Hirschengraben 56, CH-8001 Zürich
Telefon: +41 (0)44 634 48 91, Fax: +41 (0)44 634 43 59
E-Mail: eiz@eiz.uzh.ch,
Internet: www.eiz.uzh.ch

Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts-
und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Platz 2, D-69117 Heidelberg,
Telefon: +49 (0)6221 54-7583, Fax: +49 (0)6221 54-7655
E-Mail: p.mueller-graff@urz.uni-heidelberg.de,
Internet: www.igw.uni-heidelberg.de

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Heinz-Dieter Assmann, Universität Tübingen
(Bank- und Kapitalmarktrecht); Prof. Dr. Peter Behrens,
Universität Hamburg (Gesellschaftsrecht); Prof. Dr.
Martin Böse, Universität Bonn (Strafrecht und PJZ); Prof.
Dr. Kay Hailbronner, Universität Konstanz (Freier Per-
sonenverkehr); Prof. Dr. Waltraud Hakenberg, Luxem-
burg (EuGH); Prof. Dr. Helmut Heiss, Universität Zürich
(Versicherungsrecht); Prof. Dr. Reto M. Hilty, Universität
Zürich (Immaterialgüterrecht); Prof. Dr. Pascal Hinny,
Universität Freiburg i.Ü. (Steuerrecht); Prof. Dr. Bernd
Holznagel, Universität Münster (Telekommunikation,
Medien); Prof. Dr. Dr. Waldemar Hummer, Universi-
tät Innsbruck (Verfassungsvertrag und GASP); Prof. Dr.
Andreas Kellerhals, Universität Zürich (Gemeinsame
Handelspolitik); Prof. Dr. Stefan Leible, Universität Bay-
reuth (Verbraucherschutzrecht); Prof. Dr. h.c.
Manfred Löwisch, Universität Freiburg i.Br. (Arbeits-
und Sozialrecht); Prof. Dr. h.c. Peter-Christian
Müller-Graff, Universität Heidelberg (Freier Warenver-
kehr, Binnenmarkt, Industriepolitik); Prof. Dr. Heribert
Rausch, Universität Zürich (Umweltrecht); Prof. Dr.
Jürgen Schwarze, Universität Freiburg i.Br. (allgemeine,
institutionelle und finanzielle Fragen); Prof. Dr. Kurt
Siehr, Max-Planck-Institut für ausländisches und inter-
nationales Privatrecht, Hamburg (Europäisches Zivilpro-
zessrecht); Prof. Dr. Rolf H. Weber, Universität Zürich
(Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr);
Prof. Dr. Roger Zäch, Universität Zürich (Wettbewerbs-
recht)

Redaktion

Dr. Dirk Trüten, LL.M. (DT)

Jonas Prangenberg, LL.M. (JP)
Michael Schwarz, LL.M. (MS)
Ass. jur. Wesselina Uebe (WU)
stud. iur. Tassio Suter (TS)
Stefan A. Wandel, M.A. HSG (SW)

Abonnementpreise

Jahresabonnement Schweiz: CHF 108.00/275.00*;
für Studierende schweizerischer Hochschulen
CHF 76.00/169.00*
Jahresabonnement EU-Länder: € 77.00/196.00*
(zzgl. Versandkosten).

*Diese Preise verstehen sich als Beiheft zusammen
mit der SJZ Schweizerische Juristen-Zeitung.
Einzelheft CHF 18.00/€13.00

ISSN 1423-6931

Bestellungen nehmen die Verlage sowie alle
Buchhandlungen entgegen.

Anzeigenverkauf und -beratung

Publicitas Publimag AG
Mürtschenstrasse 39, Postfach, 8010 Zürich
Telefon: +41 (0)44 250 31 31, Telefax: +41 (0)44 250 31 32
service.zh@publimag.ch, www.publimag.ch

Verlag

Schulthess Juristische Medien AG
Zwingliplatz 2, 8022 Zürich
Telefon: +41 (0)44 200 29 19, Telefax: +41 (0)44 200 29 08
E-Mail: zs.verlag@schulthess.com
Internet: http://www.schulthess.com

Erscheint 2-monatlich

Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. –
Ein allfälliger Nachdruck ist nur mit Zustimmung
des Autors und der Redaktion und nur mit ungekürzter
Quellenangaben gestattet.

Das Wichtigste in Kürze — 83

Dirk Trüben

Europas Zukunftskonstellationen — strategische Reflexionen — 84

*Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld,
Professor für Politikwissenschaft und Direktor
des Centrums für angewandte Politikforschung
an der Ludwig-Maximilians-Universität München*

Weitere Themen:

Allgemeine, institutionelle und finanzielle Fragen — 89

Begleitende Massnahmen der
Kommission zum Beitritt Kroatiens **89**
Bericht über die Anwendung
der EU-Grundrechtecharta **89**

Arbeits- und Sozialrecht — 90

Revision der Entsenderichtlinie **90**
Verordnung zum Schutz von
Arbeitnehmer- und Streikrechten
bei Entsendung **90**
Soziale Sicherheit im Verhältnis
zu Drittstaaten **91**

Niederlassungsrecht und Dienstleistungen — 91

Grünbuch zum Schattenbankenwesen **91**
Massnahmen zur Transparenzsteigerung
und Beschränkungen für
ungeddeckte Leerverkäufe **92**
Einheitliche Regeln für
unionsweite Zahlungsdienste **93**

Gesellschaftsrecht — 93

Einfachere Rechnungslegungsvorschriften
für Kleinstbetriebe **93**

Strafrecht und polizeiliche

Zusammenarbeit — 94

Europäisches Zentrum zur Bekämpfung
der Cyberkriminalität **94**

Wettbewerbsrecht — 94

De-minimis-Beihilfen an Unternehmen,
die Dienstleistungen von
allgemeinem wirtschaftlichem
Interesse erbringen **94**

Binnenmarkt und Industriepolitik — 95

Zulassung von Kraftfahrzeugen
im Binnenmarkt **95**
Strategie für die elektronische
Auftragsvergabe **96**

Wirtschafts- und Währungspolitik — 96

Qualität der 2011 von den Mitgliedstaaten
gemeldeten Haushaltsdaten **96**
Europäisches Beschäftigungspaket **97**
Leitlinien für beschäftigungspolitische
Massnahmen 2012 **97**

Umweltrecht — 98

Vorschlag für eine Richtlinie zum Schutz
vor radioaktiven Stoffen im Wasser **98**

Gemeinsame Handelspolitik — 98

Mandat des Anhörungsbeauftragten
in Handelsverfahren **98**
Verbesserung der Rahmenbedingungen
bei Verhandlungen im Bereich
des Submissionswesens **98**

Europas Zukunftskonstellationen — strategische Reflexionen

—
Europa verfügt über ein prägnantes Code-Wort: «Krise». Krisen-Phänomene sind zum Alltag, zur Routine geworden. Da gibt es Schulden-Krisen und Euro-Krisen, da gibt es Entscheidungs- und Zustimmungskrisen. Die Inflation apokalyptischer Untergangsprognosen profiliert eine Perzeptionslandschaft voller Sorge. Und dann erschallt der ironische Gegenruf: «Welches Trauma hätten denn gerne?»

Dieses Europa lebt mit seinen Widersprüchen. Neben den vielfältigen Schwierigkeiten stehen etliche Erfolge. Die Besorgnis um die gemeinsame Währung kann mit dem Hinweis beantwortet werden, dass der Euro die zweitwichtigste Reservewährung der Welt mit einem hohen Grad an Stabilität ist.

Da wird «eine normativ abgerüstete Generation der Kurzatmigkeit» beklagt, die «Europa in der Schreckstarre verharren» lasse (Jürgen Habermas). Es wird die «Entmündigung Europas» durch das «sanfte Monster» der Brüsseler Bürokratie kritisiert. Manch einer ruft aus: «Europa, wo ist dein Zauber geblieben?» Die europäisch Wohlwollenden machen sich auf die Suche nach dem Gründergeist. Aber: Hat dieser Kontinent denn gegenwärtig eine Vorstellung von sich selbst?

Welche politische Substanz steckt in dieser Aufregtheit unserer Tage? In der Geschichte der Europäischen Integration ist es nicht das erste Mal, dass in einer Krise die Frage nach der Sinnhaftigkeit gestellt wird. Bisher gab es jedoch immer eine Antwort, die dem Projekt immense Vitalität verlieh. Dies bleibt aber heute aus. Das kennzeichnet die neue Epoche — die Abwesenheit einer identitätsstiftenden Zielprojektion. Ohne Identitätsgrundlage fehlt aber jedem politischen System die Basis seiner Handlungsfähigkeit. Halten wir uns die bisherigen Phasen vor Augen:

- Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war der Kontinent von einem Netz europäischer Bürgergruppen durchwebt, die eine grosse Lehre aus der Geschichte ziehen wollten. Kriege und Katastrophen nationalistischer Art sollten nicht mehr das letzte Wort persönlicher Erfahrung sein. Jetzt sollte dieser von breiten Blutspuren gekennzeichnete Kontinent die Alternative zum Nationalismus anstreben und verwirklichen: die Einigung Europas.

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld,
Professor für Politikwissenschaft und Direktor
des Centrums für angewandte Politikforschung (C.A.P.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Das Europa der Krisen benötigt eine neue, identitätsstiftende Zielprojektion sowie eine Fortentwicklung der Führungsstrukturen. Die europapolitisch relevanten Akteure müssen entscheiden, wohin sich die europäische Gemeinschaft nach dieser historischen Zäsur entwickeln soll und inwiefern die Legitimationsgrundlagen der europäischen Einigung erneuert werden müssen.

- Man gab sich höchst anspruchsvolle Ziele. Dazu gehörte der europäische Bundesstaat, die Politische Union. Hatten doch bereits viele Widerstandsgruppen im Dritten Reich darüber nachgedacht und konzeptionelle Entwürfe geliefert. Aber diese grosse Ambition endete zunächst in einem bescheidenen Schritt. Nicht zuletzt hatte Grossbritannien dafür gesorgt. Im Jahr 1949 wurde schliesslich der Europarat gegründet. Das aber war nicht der grosse supranationale Wurf.
 - Man bediente sich einer anderen Methode um das Ziel zu erreichen. Es sollten bescheidene einzelne Funktionen integriert werden. So legten Robert Schuman und Jean Monnet funktionalistische Konzepte für eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor. So konnte auch der frühere Kriegsgegner Deutschland weiter kontrolliert werden, ohne diskriminiert zu sein.
 - Als dies so eindrucksvoll gelang, galt es sogleich wichtige Funktionen nachzuschieben: die Organisation der Sicherheit (Europäische Verteidigungsgemeinschaft, EVG). Über solche funktionalistische Ansätze sollte aber ein grosses politisches Dach gebaut werden – die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG). In jeder Phase hatte man ein grosses, präzises Ziel vor Augen.
 - Das half auch über die Krise des Scheiterns von EVG und EPG hinweg. Funktionalistische Ersatzlösungen wurden in Auftrag gegeben. Nicht nur, dass die mit Souveränität auszustattende Bundesrepublik Deutschland sicherheitspolitisch dann eben anders verankert wurde, nämlich innerhalb von NATO und WEU. Man verhandelte – im sogenannten «Geist von Messina» – um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). In der klaren Zielperspektive wurden auch die elementaren Konflikte zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland lösbar. Frankreich gestaltete einen Gemeinsamen Markt, so wie es Bonn wollte, und die Bundesrepublik Deutschland gestattete das Herausnehmen der militärischen Komponente aus der nuklearen Kontrolle, so wie es Paris wollte. Der höchst ambitionierte Zielkorridor der Römischen Verträge sollte der Verwirklichung zugeführt werden.
 - Ein erster grösserer Zieldissens führte folgerichtig zur ersten Integrationskrise. Die USA und Grossbritannien signalisierten ihre Bereitschaft, dem Druck der Sowjetunion auf den Status Berlins nachzugeben. Das bedeutete für Adenauer und de Gaulle eine Existenzbedrohung des freiheitlichen Westeuropas. Eine Politische Union mit sicherheitspolitischer Komponente sollte eine Antwort bieten. So wurde es in den sogenannten Fouchet-Plänen niedergelegt. Die übrigen EWG-Staaten aber wollten dieser Führungsvorgabe – inzwischen misstrauisch geworden – nicht folgen. Adenauer und de Gaulle kreierten eine kleine Ersatzlösung, die aber sogar in der deutschen Innenpolitik auf Unverständnis stiess: den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag.
 - Die nachlassende Zielsicherheit für das Projekt «Europa» führte zu etlichen Jahren der Stagnation und Krise. Die «Politik des leeren Stuhls», die mit dem sogenannten «Luxemburger Kompromiss» gewissermassen beigelegt wurde – auch wenn der Interpretationsdissens blieb –, bot die symbolische Botschaft zur Lage. Diese unklare, verwirrende Perspektive liess trotz des weiter bestehenden Ost-West-Konflikts keine Integrationsdynamik im alten Stil mehr zu.
 - Die krisenhafte Zuspitzung des Niedergangs fand eine scharfe und weithin akzeptierte Bezeichnung: «Eurosklерose». Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre befand sich die Europäische Integration in der Ära eines tiefen Niedergangs. «Eurosklерose» wurde zum Schlüsselbegriff der Lagebeschreibung. Europa konnte mit den dynamischen Märkten nicht mehr mithalten. Es erschien erschöpft, gleichsam ein Ausschnitt aus dem Museum. Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterand erkannten die dringende Notwendigkeit eines strategischen Aufbruchs. Dazu bedurfte es eines entsprechend begabten politischen Kopfes. Sie fanden ihn in Jacques Delors. Er war ein starker französischer Finanzminister und die meisten sahen in ihm den zukünftigen französischen Staatspräsidenten. Er aber nahm die Herausforderung Europa an. Zunächst teilte er den Staats- und Regierungschefs mit, er müsse nun strategisch nachdenken. Nach einigen Monaten trug er sein Ergebnis vor: Europa braucht zum Aufbruch eine grosse historische Aufgabe. Dies könnte die Neuorganisation der Sicherheit oder die Vollendung des Binnenmarktes sein. Nur für eine dieser grossen Aufgaben besitze Europa die Kraft. Der Binnenmarkt wurde als strategisches Thema angenommen. Dies bedeutete die mehrjährige Umsetzung von fast 300 Gesetzeswerken. Die Öffentlichkeit wurde überzeugt durch die Daten und Argumente des umfangreichen Cecchini-Reports. Der eingeschlagene Kurs wurde politisch über etliche Jahre durchgehalten.
- Aus diesem gelungenen Beispiel ist für die gegenwärtigen Herausforderungen zu lernen: Europa braucht starke politische Führungsfiguren und strategische Köpfe. Die Politik muss die notwendigen Schritte strategisch erklären und vertrauensbildend durchhalten. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Europas Politik muss das Erklärungsdefizit eliminieren. Es ist viel mehr Zeit und Kraft auf die Erläuterung zu richten. Wer die Deutungs-

Weidenfeld —

Europas Zukunftskontellationen — strategische Reflexionen

hoheit gewinnt, der gewinnt auch die Zukunft.

Welche Deutungsalternativen stellen sich zur Zukunft Europas? Es existieren Indikationen für fünf verschiedene Szenarien, die uns zeigen, wie offen die Realität europäischer Zukunft ist:

Szenario 1: «Titanic»

Das Titanic-Szenario beschreibt eine substanzielle Gefährdung bis hin zur Auflösung der europäischen Integration. Die Europäische Union ist diesem Szenario zufolge nicht fähig, den internen und externen Herausforderungen gerecht zu werden. Innerhalb der EU nehmen die Interessensdivergenzen und die Leistungsunterschiede zwischen neuen und alten Mitgliedstaaten erheblich zu. Heterogenität und Verteilungskämpfe zwischen den Mitgliedstaaten erscheinen unüberbrückbar. Die nationalen Egoismen werden durch die schwere weltweite Wirtschaftskrise verschärft. Die Angst vor einer Rezession führt zu nationalstaatlichen, protektionistischen Reflexen, und die explodierenden Haushaltsdefizite lassen die finanzielle europäische Solidarität bei Bürgern und regierenden Eliten in den Mitgliedstaaten gleichermaßen schwinden.

Szenario 2: «Geschlossenes Kerneuropa»

Das Szenario des Geschlossenen Kerneuropas geht davon aus, dass unter den Mitgliedstaaten kein Konsens hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Europäischen Union besteht. Gleichzeitig führt die mangelnde Fähigkeit der EU, den drängenden wirtschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden, dazu, dass sich die Bürger nicht länger mit dem Gedanken eines vereinten Europa identifizieren. Eine kleine Gruppe von Staaten will aber ihre zwischenstaatliche Zusammenarbeit vertiefen. Da eine Zusammenarbeit innerhalb der vertraglichen Strukturen an der Obstruktionspolitik der anderen Mitgliedstaaten scheitert, findet die Kooperation nicht in dem vom Vertrag vorgesehenen Rahmen statt. Frustriert von der andauernden Lähmung der EU, sieht diese Staatengruppe in der intergouvernementalen Zusammenarbeit den einzig realistischen Weg, gemeinsame Interessen weltweit zu vertreten.

Szenario 3: «Methode Monnet»

Im Szenario Methode Monnet setzt sich die künftige Entwicklung der Europäischen Union nach dem Muster der vergangenen Jahrzehnte fort. Die EU wird den internen und externen Herausforderungen nur teilweise ge-

recht. Mit dem Vertrag von Lissabon gelingt es lediglich, die Symptome der politischen Handlungsunfähigkeit Europas zu kurieren, ohne an die Wurzel des Problems zu gelangen. Die Interessen- und Verteilungskonflikte der Mitgliedstaaten bleiben bestehen bzw. verschärfen sich mit jeder Erweiterung und jeder Wirtschaftskrise. Insgesamt wirkt das System EU lethargisch, aber dennoch nicht gelähmt. Der Binnenmarkt, das Schengen-Regime, die Währungsunion sowie das Bewusstsein, dass der europäische Integrationsprozess dem alten Kontinent Frieden und Stabilität beschert hat, halten die Union zusammen.

Szenario 4: «Offener Gravitationsraum»

Gemäss diesem Szenario verfolgt eine der Gemeinschaftsmethode verpflichtete Avantgarde das Ziel einer kontinuierlichen Integrationsvertiefung. Das Zentrum des Gravitationsraums bildet dabei die Gruppe der Länder, die sich an den meisten Integrationsprojekten beteiligen. Für die Befürworter eines substanziellen Reformschritts ist der Vertrag von Lissabon nur ein Zwischenschritt auf dem Weg in Richtung einer Politischen Union. Da nicht alle Mitgliedstaaten diesen Weg beschritten wollen, wird die differenzierte Integration zum zentralen Bestimmungsmerkmal des erweiterten Europas. Die integrationswilligen Mitgliedstaaten vertiefen ihre Zusammenarbeit in einzelnen alten und neuen Politikfeldern innerhalb des Vertragsrahmens der EU. Die diesbezüglichen Möglichkeiten des Vertrages von Lissabon zur «verstärkten Zusammenarbeit» werden genutzt.

Szenario 5: «Supermacht Europa»

Im Supermacht-Szenario wird Europa seinem objektiven Weltmachtpotenzial gerecht. Die Europäische Union nutzt ihre materiellen und institutionellen Ressourcen in vollem Umfang. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Bevölkerungszahl, militärisches Potenzial und das europäische Wertesystem bieten ihr eine beachtliche Handlungsbasis. Anknüpfend an die erfolgreiche Implementierung des Vertrages von Lissabon werden weitere Reformschritte zur Verbesserung der Effizienz, Handlungsfähigkeit und Transparenz der EU unternommen. Die gesteigerte Verständlichkeit des EU-Systems sowie die Fähigkeit, den internen und internationalen Herausforderungen gerecht zu werden, wirken sich positiv auf die Akzeptanz der Union bei den Bürgern aus. Die zunehmende Vernetzung der Gesellschaften fördert zudem die öffentliche Auseinandersetzung mit europäischen Themen. Der Aufbau europäischer intermediärer Strukturen wie Medien und Nichtregierungsorganisa-

tionen führt zur Etablierung einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit als Grundlage einer europäischen Zivilgesellschaft. Auf der Basis eines wachsenden «Wir-Gefühls» im Kontext eines Europas der Bürger entwickelt sich die EU stetig in Richtung einer Politischen Union.

Wer sich diese fünf Szenarien vor Augen hält, der begreift, dass die Zukunft Europas nicht im Detail determiniert ist. Jedes dieser fünf Szenarien kann für die nächste Generation Realität werden; ebenso kann eine Mixtur von Faktoren aus verschiedenen Szenarien Wirklichkeit werden. Eines aber drängt sich als Schlussfolgerung auf: Die Neuordnung der Macht steht an.

Die europäischen Profile werden nur geschärft, wenn die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit steigert. Der Lissabon-Vertrag hat zwar ein Arsenal von Führungsämtern komponiert, aber deren Zuordnung offen gelassen. Präsident des Europäischen Rates, Präsident des Ministerrates, Präsident der Kommission, Hoher Repräsentant der Aussen- und Sicherheitspolitik, Vorsitzender des Euro-Rates – alle diese Ämter arbeiten im Wesentlichen nebeneinander her. In diesen Dschungel von Führungsverantwortungen mischen sich die Staats- und Regierungschefs der grossen Mitgliedstaaten und inzwischen auch das selbstbewusst auftretende Europäische Parlament ein. Ein effektiver, zielführender Entscheidungsprozess ist auf diese Weise nicht zu organisieren. Effektivität und erfahrbare Führung sieht anders aus. Deshalb steht die Neuordnung der Macht in Europa an. Die eher traditionell integrationspolitisch orientierten Entscheidungsträger wollen weiterhin Kommission und Parlament stärken. Das Europäische Parlament war bei allen neuen Verträgen seit der Gründung der EWG 1957 der eigentliche Gewinner. So soll es aus seiner Sicht weitergehen. Es lässt die kompetenzgestärkten Muskeln spielen. Sein neuer Präsident Martin Schulz sagte der «Vergipfelung der Politik» den Kampf an. Aber dennoch gingen die eigentlichen Impulse zum Fiskalpakt von den Regierungen der grossen Euro-Mitgliedstaaten aus. Deutschland und Frankreich bildeten ein Führungstandem. Sie waren nicht immer und von Anfang an einer Meinung. Dazu sind die politisch-ökonomischen Kulturen zu verschieden. Aber beide hatten erkannt, dass eine angemessene Antwort auf die Krise nur zu finden sei, wenn sie beide gemeinsam die Initiative ergreifen. Und so geschah es.

Als Sonderthema wurde kritisch beleuchtet, ob Deutschland die eigentliche Führung übernommen habe und ob dies angemessen sei. Die übliche politische Dialektik wurde ausgelöst: Wenn es an Führung in Europa fehlt, dann wird sie eingefordert; wenn Führung geleistet wird, dann wird sie kritisiert und beklagt. Es war nicht ungeschickt, dass Frankreich und Deutschland immer wieder Italien unter Mario Monti in diesen Führungszirkel einbezogen. Ein weiteres Sonderthema bot

Weidenfeld —

Europas Zukunftskontellationen —
strategische
Reflexionen

Grossbritannien. Es sagte «Nein» zu einem Gemeinschaftsvertrag zur Fiskalunion — ganz im Sinne seiner traditionellen Politik. Es beteiligte sich aber auf Arbeitsebene an den Ausarbeitungen — auch im Sinne seiner Tradition.

Wenn man alles das summiert, dann wird klar, dass es um mehr geht, als «nur» um die Fiskalunion oder «nur» um die verbesserte Governance des Euro-Raumes — es handelt sich um einen dramatischen Machtkampf in Europa. An der Oberfläche wird medial angemessen gelächelt, hinter den Kulissen wird um Einfluss hart gekämpft. Jenseits des Ringens der Mitgliedstaaten um Macht und Einfluss muss die Führungsstruktur der Europäischen Union weiter geklärt werden. Europa muss aber auch seine Führungskultur fortentwickeln. Die machtvolle Komposition des Kontinents kann nicht einfach fortschreiben, was einst für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit sechs Mitgliedstaaten galt. Das erheblich grössere Europa ist differenzierter zu organisieren.

Es bleibt also auf mittlere Sicht das fundamentale Strukturproblem internationaler Politik: die Diskrepanz zwischen globalisierter Problemstruktur, teils internationaler und teils nationaler Entscheidungsstruktur, sowie weitgehender nationaler Legitimationsstruktur. Diese Diskrepanz verweist auf das Schlüsseldefizit des Politischen der Gegenwart. Die Dramatik ist Tag für Tag greifbar: Europa erlebt eine Zeitenwende. Die Zäsur ist vergleichbar mit den grossen Einschnitten in der Geschichte. Das Ringen um imperiale Hegemonie früherer Epochen, die Erfahrung grosser kriegerischer Katastrophen erfasste ähnliche politische Tiefendimensionen wie auch die Gründungsschritte zur Erfolgsgeschichte der Integration. Der grosse Machtapparat der Europäischen Union wird folgerichtig konfrontiert mit der Frage nach seiner Legitimation. Die Antwort auf diese Frage entscheidet über das europäische Zukunftsszenario.